

Für eine Kommunalpolitik ohne Klüngel, Kürzungen und Kahlschlag

Kommunalprogramm der SAV-Köln



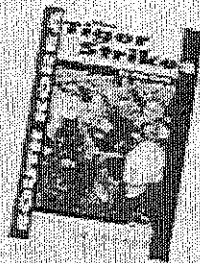
SAV Sozialistische
Alternative

DM 2,-

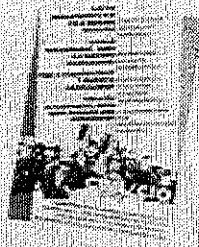
Weitere Broschüren und Bücher



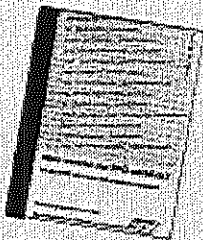
Der Niedergang des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei. Beschluss vom SAV-Bundeskongress 97. 96 Seiten, 8 DM.



Über Tiger Strikes Back. Engische Broschüre über die Streikbewegung in Südkorea. 96 Seiten, 5 DM.



Nein zu Maastricht, Nein zum Europa der Konzerne. Mehrsprachige Broschüre (Deutsch, engl., franz., span., ital.) 48 Seiten, 5 DM.



Wen vertritt die PPO wirklich? Such der Sozialistischen Offensiv Vorwärts (SOV, Österreich) 70 Seiten, 7 DM.



Che Guevaras Vermächtnis – zum 30. Todestag des Revolutionärs. 20 S., 2,50 DM.



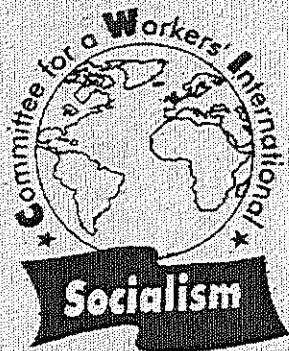
Uprising in Albania. Engl. Broschüre über den albanischen Aufstand. Frühjahr 97. 32 Seiten, 4,50 DM.

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688,
London E9 5QX, GB. Tel.: 0044/181/533 0201
Fax: 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@dircon.co.uk



Arbeiten

Die Großstadt Köln beherbergt eine mittlere Kleinstadt voller Arbeitsloser, nämlich rund 60.000.

Dies ist nur die offizielle Zahl. Hinzu kommen noch Tausende, die in den verschiedensten Maßnahmen wie ABM (rund 3.200) und Programmen wie "Hilfe zur Arbeit" oder in Warteschleifen, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen stecken, deren Ergebnis oft wieder nur die erneute Arbeitslosigkeit ist. Dabei wird auf allen Ebenen zunehmend dazu übergegangen, die "Hilfe" zur Arbeit mit allerlei Zwangsmaßnahmen und Schikanen zu begleiten. Das Heer der Arbeitslosen wird als Druckmittel benutzt, um ein Heer von Billiglöhnern aufzubauen.

So sinnvoll auch im Einzelfall ABM-Stellen im Vergleich zur Arbeitslosigkeit sein können, so ist dies doch keine Lösung. Es ist völlig widersinnig, daß auf der einen Seite Arbeitshetze und Überstunden zunehmen, und auf der anderen Seite Millionen Menschen arbeitslos sind; daß noch viele gesellschaftliche Bedürfnisse in Bereichen wie Bildung, Pflege, Nahverkehr, Wohnen, Soziales offen sind, und trotzdem Menschen in diesen Bereichen keine Arbeit finden.

Alle paar Jahre kriselt es in den Großbetrieben Kölns, wie KHD, Ford, F & G. In vielen Fällen muß man schon sagen: ehemaligen Großbetrieben, denn manche sind schon derart "gesundgeschrumpft", daß sie zum mittelständischem Betrieb geworden oder ganz von der Stadtkarte verschwunden sind.

Wenn sich die Betriebe gesundschrumpfen, werden immer die gleichen miesen Tricks angewendet: die Belegschaft wird abgebaut, ein Lohnopfer wird von den verbleibenden ArbeitnehmerInnen verlangt. Oder: der Betrieb oder ein Betriebsteil wird verkauft, natürlich mit Standort- und Arbeitsplatzgarantie. Das ganze oft mit Zustimmung und aktiver Beteiligung der gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktionäre. Für die Belegschaften kam in allen Fällen immer nur Stellenabbau, Einkommenverluste oder letztlich doch Schließung dabei heraus. Die Stadt sieht ihre Rolle in solchen Fällen je nach Bedeutung des Betriebes darin, direkte oder indirekte Subventionen auszuschiütten, z.B. in Form von Grundstückskäufen, verbilligter Stromversorgung oder Gewerbesteuernachlaß. zum Beispiel:

- 1 Deutz Fahr wurde an den Same Konzern verkauft, mit Arbeitsplatzgarantie für die Belegschaft. Ein Jahr später wurde der Betrieb in die süddeutsche Stadt Lauingen verlagert. Eigentlich war dies eine verschleierte Schließung des Werkes. Nur weil die Kollegen sich den Plänen der Konzernleitung widerstzten und einen Arbeitskampf mit neuntägigem Streik führten, konnten sie wngigstens noch eine Abfindung für sich herauschlagen.
- F& G wurde 1998 an die Moeller Gruppe verkauft. 1999 wurde die Schließung des Werkes für das Jahr 2002 angekündigt. Vorher hat die Stadt ihre Firmenanteile, die sie über die GEW hielt, verkauft.

sondern mit unserer Arbeit in Betrieben, auf der Straße, in Initiativen und Parlamenten dazu beitragen, daß sich die "kleinen Leute" organisieren, um für ein besseres Leben zu kämpfen.

Wie wir uns finanzieren

Im Gegensatz zu CDU, SPD, FDP und Grünen haben wir keine Direktoren, Unternehmer, Verwaltungschefs Immobilien-Spekulanten und Reiche in unseren Reihen. Unsere Mitglieder sind Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Auszubildende, Schüler und Studenten - und wir sind stolz darauf.

Wir sind daher auf die Spenden derer angewiesen, die mit uns gemeinsam kämpfen, und wir wollen auch von niemandem sonst finanziell abhängig sein. Unsere Funktionäre bekommen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Wir finanzieren uns nur über Mitgliedsbeiträge und kleine Spenden. Wir brauchen jederzeit Geld, um Flugblätter, Plakate und Aktionen zu finanzieren.

Unterstützen auch Sie uns mit Ihrer Spende auf das Konto 2500 59-430 bei der Postbank Essen, BLZ 360 100 43.

Für eine Kommunalpolitik ohne Klüngel, Kürzungen und Kahlschlag

Die SAV - Wer wir sind und was wir wollen

In der SAV haben sich ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, Studierende, RentnerInnen zusammengeschlossen, um gegen unsoziale Politik, Umverteilung von unten nach oben - gegen die herrschende Politik im Interesse der Reichen zu kämpfen.

In den 80er Jahren haben SAV-Mitglieder in der SPD und ihrer Jugendorganisation, den Jungsozialisten, gegen den Rechtsruck der SPD und für sozialistische Politik gekämpft. Heute gibt es keinen grundlegenden Unterschied zwischen SPD und CDU. Keine der etablierten Parteien vertritt die Interessen von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen. Deshalb kämpft die SAV heute um den Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei.

In den vergangenen Jahren haben SAV-Mitglieder zahlreiche Kampagnen geführt und Initiativen angestoßen. Als das ehemalige KHD-Traktorenwerk Deutz-Fahr in Kalk geschlossen werden sollte, haben wir die Anwohner-Initiative "Arbeit in Kalk" gegründet und gemeinsam mit der Belegschaft für den Erhalt der Arbeitsplätze gekämpft. SAV-Mitglieder haben die Gründung der Initiative Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) angestoßen, die viele Jugendliche gegen Nazis und Rassismus organisierte. Wir haben Kampagnen und Unterschriftenaktionen zur Schaffung von 400 Lehrstellen bei der Stadt geführt, ebenso wie für die Schaffung neuer Jugendzentren, gegen Abschiebungen und vieles andere mehr.

Mit dieser Broschüre wollen wir unser Programm und unsere politischen Ideen für Köln und darüber hinaus vorstellen. Dies ist kein Programm voller Versprechungen. Für diese Forderungen wollen wir kämpfen - zusammen mit allen Betroffenen.

Es wird sich nichts bewegen, wenn wir es nicht selbst bewegen. Nur wenn wir uns organisieren und gemeinsam handeln - Arbeitnehmer, Mieter, Arbeitslose, Alt und Jung, Deutsche und Ausländer, Frauen und Männer - werden wir uns zur Wehr setzen und unseren Interessen Geltung verschaffen.

Wir treten auch zu parlamentarischen Wahlen an. Aber nicht, um gut bezahlte Posten zu bekommen. Wir wollen die Proteste und Forderungen gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit in die Parlamente tragen, damit sie Gehör finden, und umgekehrt die Parlamente zur Verbreiterung und Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen nutzen. Wir wollen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg Politik machen,

Inhalt

Einleitung

Für eine Kommunalpolitik ohne Klüngel, Kürzungen und Kahlschlag	4
Die SAV - Wer wir sind und was wir wollen	4
Wie wir uns finanzieren	5

Kommunalprogramm

Arbeiten	6
Arbeitslosigkeit	7
Wohnen	8
Sozial- und Gesundheitspolitik	9
Gesundheitswesen	10
Verkehr und Umwelt	11
Städtische Entwicklung	14
Kultur und Medien	16
Jugend	18
Gleiche Rechte/ Gleichstellung	20
Gegen Nazis und Rassismus	22
Die Reichen sollen zahlen!	23
Was wir unter Sozialismus verstehen	26

Impressum

Gegen Klüngel, Kürzungen und Kahlschlag
Kommunalprogramm der SAV-Ortsgruppe Köln
Herausgegeben von der SAV-Ortsgruppe Köln
c/o Redaktion Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Köln, August 1999

Die SAV tritt ein für:

- Verteilung der Arbeit auf alle, 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich; die Stadt kann anfangen und dies bei der Stadtverwaltung und in öffentlichen Betrieben einführen
- Statt Millionengeschenke an Unternehmen und sogenannter "Wirtschaftsförderung" fordern wir ein Investitionsprogramm für jährlich 2.000 Arbeitsplätze im kommunalen Bereich auf den Gebieten Soziales, Schulen, Gesundheitswesen, ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) und sozialer Wohnungsbau
- Keine Streichung von ABM-Stellen, sondern Aufstockung der Einkommen auf 100% der Tariflöhne und Umwandlung von ABM-Stellen und sonstigen ungeschützten Arbeitsverhältnissen im kommunalen Bereich in unbefristete Normalarbeitsverhältnisse zu tariflichen Bedingungen
- bei Betrieben, die von Schließung bedroht sind:
- gemeinsamer Kampf aller bedrohten Betriebe
- Öffnung der Geschäftsbücher
- Übernahme von Betrieben in städtisches/und oder Landeseigentum bei demokratischer
- Kontrolle und Verwaltung durch gewählte Vertreter zu je einem Drittel von Beschäftigten, Gewerkschaften und Staat
- Gemeinsamer Kampf aller Beschäftigten von bedrohten Betrieben und Solidarität der Belgschaften nichtbedrohter Betriebe

Arbeitslosigkeit

60.000 Arbeitslose gibt es in Köln, davon sind 24.000 Langzeitarbeitslose, 90.000 sind in Warteschleifen vom Arbeitsamt oder Weiterbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen eingebunden. Das sind 150.000 eigentliche Arbeitslose, von 430.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Köln.

5 Milliarden DM werden in Köln für die Folgen der Arbeitslosigkeit ausgegeben.

6.000 Arbeitslose in Köln sind unter 25 Jahre alt. Das Jugendjobprogramm jump versprach 100.000 Arbeitsplätze für Jugendliche. Von diesem Ziel ist das Vorhaben weit entfernt. Was sie erreicht haben, ist die Einschüchterung von Jugendlichen. Wer "vielversprechende" Trainingsmaßnahmen oder Kurzpraktika ablehnt, dem wird die Sozialhilfe gestrichen. Um den Druck zu erhöhen, jeden miesen Job anzunehmen, wurden Berater sogar zu den Jugendlichen nach Hause geschickt.

In Stadtteilen wie Kalk, Chorweiler, Innenstadt, Ehrenfeld und anderen wurden "Pro-Weedel-Jobbörsen" eingerichtet. Damit sollen Sozialhilfeempfänger mit Billigjobs von der Straße geholt werden. Das Sozialamt zahlt 4.000,- DM für jeden Vermittelten. Wer als "normaler" Arbeitsloser das Büro betritt wird gar nicht erst beraten. Aber auch diese Stellen können keine neue Arbeitsplätze aus dem Hut zaubern. Einige Jobbörsen mußten mangels Erfolgen schon wieder geschlossen werden.

Schuld an der Arbeitslosigkeit sind nicht die Arbeitslosen. Der Kapitalismus profitiert von Massenarbeitslosigkeit.

8000 bis 9.000 Beschäftigte sind in Köln im sogenannten zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt, davon 1000 in "Arbeit statt Hilfe".

Der zweite Arbeitsmarkt ist der schleichende Versuch, feste, tariflich gesicherte Arbeitsplätze in ungesicherte, schlechter bezahlte Jobs umzuwandeln. Köln steht bei der Schaffung solcher Arbeitsplätze in der vordersten Reihe. Das ganze wird begleitet mit der Propaganda über die moderne, neue und flexible Arbeits- und Lebensweise. Für uns wäre eine radikale Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust Ausdruck für eine moderne Lebensweise. Eine 30 Stundenwoche wäre der erste Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung und wäre dringend notwendig um dem Problem Arbeitslosigkeit grundsätzlich etwas entgegen zu setzen. Millionen von Menschen macht die Arbeitslosigkeit krank, während sich andererseits Millionen krankschufeten.

Durch die Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit sind in Köln unzählige fortschrittliche Einrichtungen bedroht, wie zum Beispiel Frauenprojekte oder das Allerwelthaus. Die Stadt sollte diese Arbeitsplätze übernehmen und unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten weiter führen.

(Alle Zahlen vom KALZ)

Wohnen

7.143 Menschen sind in Köln obdachlos, davon mehr als 60% wegen fristloser Kündigung ihrer Wohnung. Andererseits stehen Gebäude leer, wie z.B. die ehemaligen belgischen Kasernen. Große Leerstände gibt es auch bei Büroflächen. 37% der KölnerInnen sind auf Wohnungssuche, davon 43%, weil die bisherige Wohnung unbefriedigend ausgestattet oder zu laut ist, 25% weil die Miete zu hoch ist und 37% weil ihre bisherige Wohnung zu klein ist.

Gab es 1991 noch 101.615 Sozialwohnungen in Köln, so waren es 1997 nur noch 74.699, weil viele aus der Sozialbindung herausfallen und zu wenig neue gebaut werden. Außerdem finden zahlreiche Umwandlungen in Eigentumswohnungen statt. Nur noch 15,5% des gesamten Wohnungsbestandes in Köln sind Sozialwohnungen.

Guter und bezahlbarer Wohnraum im halbwegs akzeptablen Wohnumfeld ist nach wie vor Mangelware, es gibt hier einen großen Bedarf. Andererseits gibt es zehntausende arbeitsloser Bauarbeiter - und dennoch wird der Bedarf nicht gedeckt, weil es nicht profitabel genug ist, Sozialwohnungen zu bauen. Lediglich Luxus-Mietwohnungen und Eigentumswohnungen werfen potentiell viel Gewinn ab, weshalb es hier auch immer wieder zu Überhängen kommt. Das ist ein Beispiel für das Versagen der profitorientierten Marktwirtschaft bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen.

Viele Menschen haben sich schon damit abgefunden, daß sie mindestens ein Drittel und mehr ihres Einkommens für das Grundrecht, ein Dach über dem Kopf zu haben, ausgeben müssen. Neubauwohnungen sind für Normalverdiener fast unerschwinglich, bei Mieten ab 20 DM pro Quadratmeter (laut Ring Deutscher Makler).

Allein 40% der Baukosten sacken die Grundstückseigentümer ein, ohne dafür einen Finger krummmzumachen. An der Wohnungsnot verdient sich der völlig überflüssige und schmarotzende Berufsstand der Makler eine goldenen Nase.

Die SAV tritt ein für:

- Zuweisung von leerstehenden Bauten, wie etwa der Kasernen, an Wohnungssuchende als Sofortmaßnahme, gegebenenfalls nach vorheriger Sanierung.
- Kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ein massives öffentliches Bauprogramm, das auch Arbeitsplätze schafft, zur Schaffung von 5000 preiswerten Sozialwohnungen mit gutem Standard jährlich, bis der Bedarf gedeckt ist, durch Neubau und Sanierung
- Bildung von Mieteräten und Mitsprache der zukünftigen Mieter bei der Planung von Neubaugebieten
- Aufstockung der Mittel für Wohnumfeldverbesserung
- Begrenzung der Miethöhe auf höchstens 25% des Nettoeinkommens; als erster Schritt in der Kommune einen öffentlichen Mietspiegel, der die Mietobergrenzen verbindlich festlegt
- Kommunalisierung von Grund und Boden
- Überführung der Bauindustrie in Gemeineigentum, bei demokratischer Kontrolle durch Vertreter von Beschäftigten, Gewerkschaften, Mieteräten und Staat

Sozial- und Gesundheitspolitik

Während die Profite sich in den 90er Jahren mehr als verdoppelten und Unternehmensteuern dauernd gesenkt wurden, sparen die Regierungen bei den Ärmsten - egal ob schwarz-gelb oder rotgrün. Arbeitslosengeld und -hilfe wurden und werden zusammengekürzt, die Bezugsdauer verkürzt. Immer mehr Menschen rutschen in die Sozialhilfe ab, in Köln sind rund 70.000 Menschen von Sozialhilfeleistungen abhängig, darunter rund 20.000 Kinder bis 13 Jahren. Aber auch dort, am Existenzminimum, wird weiter gespart.

Die sozialen Einschnitte werden über die Städte und Gemeinden weitgereicht. Dabei heißt es immer: jetzt sparen und die Haushalte sanierten, damit es in wenigen Jahren aufwärts geht. Dies wird jedoch seit fast zwei Jahrzehnten verkündet. Seitdem dreht sich allerdings nur die Spirale des Sozialabbaus immer weiter. Während den Reichen die Vermögenssteuer erlassen wird, was für die Stadt Köln Einnahmeverluste von über 100 Millionen DM jährlich bedeutet, würde eine Erhöhung der Sozialhilfe um DM 500,- pro Person nur einen Bruchteil davon, nämlich 35 Millionen DM kosten; doch dafür ist angeblich kein Geld da.

Wir können den Gürtel nicht mehr enger schnallen. Die SAV kämpft gegen jede Verschlechterung auf Kosten von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Rentnern und Jugendlichen.

Die SAV tritt ein für:

- Keine Kürzungen im Sozialbereich, keine Umsetzung der in Bonn oder Düsseldorf beschlossenen Sozialkürzungen
- Soziale Mindestsicherung (Mindestlohn, Transferleistungen, Lohnersatzleistungen, Mindestrente) in Höhe von DM 2.000,- monatlich

- als ersten Schritt auf kommunaler Ebene: DM 500,- mehr Sozialhilfe für jeden Sozialhilfeempfänger

Gesundheitswesen

Seit Jahren versuchen uns die Politiker das Märchen von der Kostenexplosion im Gesundheitswesen weiszumachen. Die Wahrheit ist jedoch, daß sich die Ausgaben relativ konstant bei 6 Prozent des Bruttoinlandprodukts halten. Die Gesamtausgaben sind zwar gestiegen, aber das liegt vor allem an den Einkommenseinbußen der Krankenkassen. Diese sind wegen der steigenden Massenarbeitslosigkeit sowie unterbezahlter Arbeit und Teilzeitarbeit gesunken, da immer weniger Menschen Beitragszahler sind. Und die Gut verdienenden sind längst privat versichert. Doch anstatt dieses Ungleichgewicht aufzuheben, werden die Nutzer verstärkt zur Kasse gebeten, sei es durch höhere Zuzahlungen für Medikamente oder durch Streichungen von Geldern für Zahnersatz, Kuren und andere vorbeugende Maßnahmen. Auf der anderen Seite wird bei den Beschäftigten gekürzt. So gibt es Pläne, für Krankenhausbeschäftigte die Pause in Fünf-Minuten-Pausen über den ganzen Tag aufzuteilen und gleichzeitig die Arbeitszeit auf 13 Stunden hochzusetzen. Daß das den Arbeitsdruck erhöht und letztendlich auch zu Lasten der PatientInnen geht, ist wohl klar.

Das Problem ist, daß das Gesundheitssystem wie ein profitorientiertes Unternehmen arbeiten soll. Wer die Kosten senken wollte, der würde mehr statt weniger Geld für gesundheitsfördernde und vorbeugende Maßnahmen ausgeben. Doch Profite gibt es vor allem durch teure Operationen. Eine Wirbelsäulenoperation bringt eben mehr Geld ein als eine Rückenschule.

Die Pharmaindustrie macht jährlich 33 Milliarden DM Umsatz. Doch von den über 50.000 Medikamenten ist bei der Hälfte die Wirksamkeit nicht nachgewiesen. Und immer mehr Menschen greifen zur Selbstmedikamentation, über eine Million Menschen, vor allem Frauen, sind medikamentenabhängig.

Das System macht krank. Überstunden, Streß durch Arbeitshetze, ungesunde Arbeitsplätze, Unterlaufen von Schutzvorschriften, Lärm, Luftverschmutzung, Giftrückstände im Trinkwasser, Chemie in Lebensmittel wie z.B. Dioxin in Hühnern, die Liste ließe sich lange fortsetzen.

Die SAV kämpft gegen die Angriffe der Regierung auf die Versicherten und Patienten. Aber wer die Misere im Gesundheitswesen lösen will, muß die Ursachen bekämpfen. Alle Menschen haben gleichermaßen Anspruch auf den Erhalt beziehungsweise die Wiederherstellung der Gesundheit. Gesundheit darf keine Frage des Geldbeutels sein.

Wir lehnen die Ansiedlung von Privatkliniken ab. Sie picken nur die kostengünstigen, profitablen Leistungen heraus, z.B. mit kurzen Bettenbelegzeiten, nicht aber aufwendige Leistungen wie Intensivpflege oder Notfallaufnahme. Damit gefährden sie auch die Mischfinanzierung der öffentlichen Krankenhäuser. Sie fördern letztlich eine Zwei-klassen-Medizin.

Die SAV tritt ein für:

- Rücknahme aller Kürzungs- und Zuzahlungsmaßnahmen, keine weitere Beitragserhöhung
- Eine grundlegende Verbesserung und Neuorientierung des Gesundheitswesens, für ein einheitliches, klassenloses, öffentliches Gesundheitswesen
- Einstellung aller arbeitslosen TherapeutInnen, PflegerInnen, ÄrztInnen usw.
- Optimale Behandlung der PatientInnen entsprechend den medizinischen Möglichkeiten, Stärkung der Patientenrechte
- Überführung der Pharmakonzerne und Medizingeräteindustrie in öffentliches Eigentum. Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch gewählte Vertreter
- Keine Budgetierung und Leistungskürzungen, sondern Re-Kommunalisierung der Krankenhäuser
- demokratische Kontrolle durch Beschäftigte, Gewerkschaften und Patienten
- Stellenausbau und eine angemessene Bezahlung des Pflegepersonals und des technischen Personals
- Auf- und Ausbau von Polikliniken und Ambulanzen

Verkehr und Umwelt

Öffentlicher Nahverkehr

Die KVB ist ein ständiges Ärgernis für viele NutzerInnen und regelmäßiger Gegenstand der Presse und der Satiriker. Hohe Fahrpreise, überfüllte Bahnen, Verspätungen, schlecht koordinierte Fahrpläne oder zu geringe Taktzeiten geben immer wieder Anlaß zu Klagen oder schrecken viele von vornherein ab, mit Bussen und Bahnen zu fahren. Ein Teil der Kritik, besonders in den Medien, zielt allerdings auf die Denunzierung des Nahverkehrs als öffentliche Dienstleistung schlechthin ab.

Dabei gibt es in der Großstadt keine vernünftige Alternative zu einem attraktiven öffentlichen Nahverkehrssystem, weder ökologisch noch ökonomisch, will man nicht die ohnehin verstopfte Innenstadt weiter belasten und den Autoverkehr erhöhen. Damit steuert man nur auf den Verkehrskollaps zu. Eine Zurückdrängung des Autoverkehrs und das Ziel einer autofreien Innenstadt sind daher anzustreben. Aber nicht finanzielle Bestrafung und Schikanie der Autofahrer ist das richtige Mittel auf diesem Weg, sondern positive Anreize durch den Ausbau eines attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Doch dies erreicht man nicht, wenn die Arbeitsbedingungen der FahrerInnen verschlechtert, Pausen gekürzt, die Taktzeiten verlängert und die Fahrpreise mit schöner Regelmäßigkeit jährlich erhöht werden. Darüber reden die Medienkritiker selten, wenn sie die KVB aufs Korn nehmen. Stattdessen wird lieber über die Verluste der KVB lamentiert, als Beleg der Ineffizienz. Natürlich muß der ÖPNV an den Bedürfnissen der NutzerInnen ausgerichtet sein. Betriebswirtschaftliche Rentabilität darf dabei nicht im Mittelpunkt stehen. Privatisierung und Deregulierung führt nur dazu, daß sich die Bedingungen für Beschäftigte wie NutzerInnen gleichermaßen verschlechtern. Private

Betreiber, wie in Köln beim Busverkehr, picken sich nur die wenigen profitablen Linien zur Hauptverkehrszeit oder Sonderstrecken, wie den Flughafentransfer, heraus.

Selbst wenn der ÖPNV ein Zuschußgeschäft ist, wird das durch den ökologischen und volkswirtschaftlichen Nutzen wieder ausgeglichen, denn beim Autoverkehr muß man die Vorleistungen (Straßenbau) und Folgekosten (Todes- und Unfälle, Kosten im Gesundheitswesen, Umweltbelastung) mit berücksichtigen. Diese fallen zwar nicht bei der Autoindustrie an, weswegen sie mit Gewinn arbeiten kann, dafür aber gesamtgesellschaftlich, beim Steuer- und Sozialversicherungsbeitragszahler, und sind wesentlich höher als das betriebswirtschaftliche Defizit im ÖPNV. Deswegen zahlt sich ein attraktiver ÖPNV zum Nulltarif sowohl volkswirtschaftlich wie auch ökologisch aus.

Für Wirtschaft und Konzerne geht es nur darum, daß die Menschen irgendwie zur Arbeit, zum Einkaufen und zu kommerziellen Freizeit-Ereignissen herangekarrt werden. Das Bedürfnis nach individueller Mobilität, auf bequeme und preisgünstige Weise, interessiert nicht.

Die SAV tritt ein für:

- keine Privatisierung und Deregulierung, Rücknahme der bisherigen Maßnahmen in diese Richtung
- kürzere Taktzeiten und Einstellung von mehr Personal
- Nulltarif bei Bus und Bahn
- Kein Straßenneubau mehr, außer im Zusammenhang mit Erschließung von neuen Wohnsiedlungen, und Umlenkung der freiwerdenden Mittel in den Nahverkehr
- eine Nahverkehrsabgabe der Kaufhäuser und Konzerne
- Ausbau des Schienennetzes, z.B. Schließung des rechtsrheinischen Rings, von Mühlheim zu den südöstlichen Stadtteilen
- Kontrolle über Fahrplangestaltung und Neuanschaffungen durch NutzerInnen und Beschäftigte

Abfallentsorgung

Obwohl die Müllmenge in Köln ständig zurückgegangen ist (von 1990-97 von 938.000 t auf 678.000 t), sind die Müllgebühren ebenso stetig gestiegen. Verdreifacht hat sich im selben Zeitraum sogar die Menge von gesondert abgegebenen Schadstoffen. Die steigenden Gebühren liegen also nicht am mangelnden Umweltbewußtsein der Bürger. Sie liegen zum einen daran, daß sich mit Teilprivatisierung zunehmend private Geschäftemacher, wie die RWE-Tochter Trienekens, auf diesem Gebiet breit machen, zum anderen an den Baukosten für die Müllverbrennungsanlage von knapp 1 Milliarde DM.

Die Privatisierungspolitik ist mit Gründung der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH (AVG) eingeleitet worden. Die Stadt ist zwar (mit 50,1%) Mehrheitseigner, nimmt jedoch keine politische Kontrollfunktion wahr. Es werden im Gegenteil immer mehr kommunale Aufgaben an die AVG übertragen, bei der die Firma Trienekens (mit 25,1% Anteil) mitmisch. Und hier gedeiht denn auch prächtig der Kölsche Klüngel. Der frühere Oberstadtdirektor Ruschmeier schloß in seiner Doppel-

funktion als AVG-Aufsichtsratsvorsitzender einen Vertrag mit der Firma Steinmüller zum Bau der MVA ab. Der Stadtrat wurde nicht beteiligt. Dafür sah der Vertrag Schadenersatzforderungen in Höhe von 540 Mio. DM vor, falls das Projekt MVA nicht zustande käme. So wurde Druck auf die politischen Gremien ausgeübt, zum Nutzen der Baufirma und der an der AVG beteiligten Firma Trienekens/RWE. Das Nachsehen hat der Gebührenzahler, dem die Preispolitik der AVG hohe Gebühren beschert. Allein für die Jahre 1998 und 1999 sind es 150 Millionen DM zuviel gewesen, schätzt die "Kölner Interessengemeinschaft für Müllvermeidung statt Müllverbrennung" (KIMM).

Auch über solche Schleichwege findet eine gigantische Umverteilung zu Lasten der Bevölkerung und zugunsten weniger Konzerne statt. Ebenso mit dem Ökoschwindel um den Grünen Punkt und das Duale System. Er bedeutet nicht, daß umweltfreundliche Verpackungen - und das heißt in erster Linie: möglichst wenig Verpackung - gefördert werden, sondern wälzt nur die Kosten der Entsorgung auf den Verbraucher ab, statt die Industrie zu umweltfreundlicher Verpackung zu zwingen. Wir zahlen mit dem Grünen Punkt im Zweifelsfall die Dreifach-Verpackung im Vierfarb-Hochglanzdruck.

Dem Müllproblem ist marktwirtschaftlich nicht beizukommen. Vor die Müllentsorgung muß die Müllvermeidung kommen. Schlüssel zu diesem Problem ist die Kontrolle über die Produktion aller Waren durch die Bevölkerung, also durch Belegschaften, Gewerkschaften und Verbraucher. Wenn die Müllentsorgung zunehmend marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten unterworfen wird, so heißt das: Privatkonzerne scheffeln Gewinne aus dem Müllgeschäft und haben daher ein Interesse an steigendem Müllaufkommen. Das schlägt einer Politik der Müllvermeidung, wie es eigentlich sinnvoll wäre, voll ins Gesicht.

Dies ist ökologisch schädlich, weil Verfahren wie die Müllverbrennung so lange durchgezogen werden, wie sie sich für die Privaten rechnen, obwohl sie durch den Schadstoffausstoß bei der Verbrennung große gesundheitliche Gefahren verursachen. Aber die gesundheitlichen Folgekosten, z.B. für in der Nähe von MVA festgestellten Häufungen von Asthma- und Allergie-Erkrankungen, oder auch Gefahren durch die Deponierung der zurückbleibenden giftigen Filterstäube - diese Kosten tragen die Müll-Pofiteure natürlich nicht, sondern die gehen wieder zu Lasten der Allgemeinheit.

Deshalb werden nachweislich bessere Verfahren, wie z.B. die von Umweltinstituten empfohlene biologisch-mechanische Abfallbehandlung (BMA), die sogar preiswerter sind, einfach nicht eingeführt. Unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten wird immer die betriebswirtschaftlich gewinnträchtigste Lösung durchgezogen, und nicht die ökologisch sinnvollste, die in den meisten Fällen auch die volkswirtschaftlich vernünftigste ist.

Städtische Betriebe als Großverbraucher könnten erste Schritte unternehmen, um Produzenten mit den begrenzten Möglichkeiten marktwirtschaftlicher Einflußnahme unter Druck zu setzen, indem sie von ihren Lieferanten umweltfreundlich produzierte und müllvermeidend verpackte Produkte verlangen.

Die SAV tritt ein für:

- drastische Senkung der Müllgebühren
- Re-Kommunalisierung der Abfallentsorgung
- Recyclinghöfe in allen Stadtteilen
- Stilllegung der MVA und Einführung ökologischer und kostengünstiger Verfahren zur Restmüll-Behandlung
- regionale Koordinierung der Müllentsorgung statt kommunale Eigenbrödelei und Standortpolitik
- Müllvermeidung in der Produktion, kontrolliert durch Staat und Gewerkschaften

Städtische Entwicklung

Gegen Privatisierung und Deregulierung

Im Zuge der Propaganda für marktwirtschaftliche Ideologie wird immer wieder behauptet, öffentlich durchgeführte Aufgaben und Dienstleistungen seien per se ineffizient und von übel, Private könnten es besser. Deregulierung und Privatisierung werden propagiert.

Doch das Ergebnis ist in der überwältigenden Mehrheit der Fälle das Gegenteil: die Bedingungen für Beschäftigte und Benutzer verschlechtern sich gleichermaßen. Teilweise spüren die Nutzer die Folgen der Privatisierung direkt durch einen Anstieg des Preises für eine Dienstleistung, teilweise werden die Folgekosten auch über andere Gebühren, Abgaben oder Steuern auf sie abgewälzt. So gehen mit Privatisierung und Deregulierung fast immer Arbeitsplatzabbau und Ausbildungsplatzabbau einher, ebenso wie die Umwandlung fester, tariflich gesicherter Arbeitsplätze in Billiglohn-jobs. Derart deregulierte Bereiche des Öffentlichen Dienstes und Staatsunternehmen werden dann als "schlank" gepriesen. An diesem Spiel beteiligen sich alle Kommunen und auch die Stadt Köln.

Das Spiel läuft meist nach demselben Schema ab: die öffentliche Dienstleistung wird als zu teuer und ineffizient kritisiert, eine Budgetierung wird eingeführt. Dann findet eine Zusammenfassung der betroffenen Einrichtungen zur GmbH statt, die nun marktwirtschaftlich arbeiten soll. Manchmal sollen sie - wie Museen oder Jugendzentren - Gelder durch private Sponsoren oder Benutzergebühren reinholen. Zunächst läuft es unter städtischer Regie oder Mehrheitseigentum. Den Beschäftigten wird versprochen, es ändere sich nichts, den Benutzern wird versprochen, die Dienstleistung werde qualitativ verbessert. Schließlich wird komplett privatisiert, die Stadt verkauft ihre Anteile an dem jetzt profitablen Betrieb.

Beispiel Tanzbrunnen: früher war der Tanzbrunnen eine preiswerte öffentliche Einrichtung. Jetzt ist er privatisiert, die Preise für die Veranstaltungen sind auf ein mehrfaches gestiegen. Trotzdem zahlte die Stadt an den privaten Betreiber einen Betriebskostenzuschuß, konnte aber auch damit mehrere Pleiten nicht verhindern.

Beispiel Bäder: Die Bäder der Stadt Köln wurden zur GmbH zusammengefaßt und an die Stadtwerke ausgegliedert. Die betriebswirtschaftlichen Verluste betragen noch immer 15 Millionen DM. Weitere Erhöhungen der Eintrittspreise stehen an. Doch

warum sollen Bäder mit Überschuß arbeiten? Wie hoch sollen die Eintrittspreise steigen, wenn alle Kosten davon gedeckt werden müssen? Oder anders gefragt: Wieviele Menschen müßten jedes Bad nutzen, um bei gleichen Preisen gewinnbringend zu wirtschaften? Hätte dann jeder Besucher noch genug Platz im Wasser, um schwimmen zu können, oder müßte man dann im Wasser stehen, wie Sardinien in der Dose?

Grundsätzliches: soziale und kulturelle Angebote sollen zwar effizient und bedürfnisorientiert arbeiten, aber sie können nicht gewinnorientiert und marktwirtschaftlich arbeiten, sonst werden öffentliche Dienstleistungen und Daseinsvorsorge ad absurdum geführt. Schließlich zahlen wir ja auch Steuern, damit der Staat, in diesem Fall die Kommune, Dienstleistungen erbringt, die der einzelne nicht bestreiten kann. Inzwischen geht die Entwicklung aber dahin: Steuern zahlen wir immer noch, und darüber hinaus wird jedes öffentliche Angebot nochmals mit saftigen Gebühren oder Eintrittspreisen belegt.

Die GEW führte 1998 235 Mio DM Gewinn an die Stadtwerke ab, womit wiederum die Verluste bei KVB und Bädern quer subventioniert wurden. Wenn im Zuge der Privatisierung und Deregulierung des Strommarktes solche Quersubventionen wegfallen, dann liegen die Lasten wieder auf den Kunden und den Steuerzahlern.

Teilweise grenzt die Verschwendung von Gemeineigentum, von unserem Eigentum, ans Verbrecherische. Beispielsweise der Verkauf öffentlicher Gebäude an private Hausverwaltungen, von denen dieselben Gebäude dann zurückgemietet werden. Dabei spült der Verkauf von Liegenschaften und Anteilen nur einmal Geld in die städtischen Kassen, die jährlichen Einnahmen aus Überschüssen, wo es welche gab, entfallen aber für immer. Ebenso schlagen jährlich Betriebskostenzuschüsse oder Mieten an die Privaten zu Buche, die schon nach wenigen Jahren den erzielten Verkaufspreis auffressen.

Dahinter steckt nur zum Teil kurzfristiges Denken an schnelle Sparerfolge und Blindheit, zum Teil auch eine bewußte Politik der Umverteilung öffentlicher Gelder in Richtung Unternehmen und Reichen, bei der sich in Köln der Kölsche Klüngel bestens bewährt. Ein Oberstadtdirektor, der wie z.B. Lothar Ruschmeier von der MVA bis zur Kölnarena viele Deals zugunsten der Privatindustrie eingestiebt hat, und anschließend einen lukrativen Beratervertrag erhält, ist mindestens eine Kölner Bangemann.

Die SAV tritt ein für:

- Schluß mit dem Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Schaffung von neuen Stellen in den Bereichen Soziales, Jugend, Bildung, Nahverkehr, Wohnen, Kultur
- Schluß mit Verschleuderung und Ausverkauf öffentlichen Eigentums
- Gegen Budgetierung, Privatisierung und privatrechtliches Ausgründen ehemals öffentlicher Betriebe und Einrichtungen;
- Re-Kommunalisierung solcher Betriebe
- transparente, effektive und bürgernahe Verwaltung durch Einführung demokratischer Kontrolle und Mitwirkung der Beschäftigten, der Gewerkschaften und der Nutzer öffentlicher Einrichtung auf allen Ebenen; Wahl der Vorgesetzten im öffentlichen Dienst

Städtebau

Köln ist eine schöne Stadt. Seit Jahrtausenden ziehen täglich Menschen nach Köln, um hier zu leben und zu wirtschaften. Trotz aller Sünden der Vergangenheit hat Köln einen hohen Lebenswert behalten. Aber immer, wenn die Stadtverwaltung unter dem Druck der wirtschaftlich mächtigen Industrie und der Banken anfängt, Planungen vom Grünen Tisch in die Tat umzusetzen, ist dieser Lebenswert in Gefahr. Zu den zukünftigen Planungssünden kann man schon jetzt die gerade betriebene Ausdehnung des Innenstadtbereichs ins rechtsrheinische Deutz und Kalk bezeichnen. Mit brachialer Gewalt sollen diese beiden Stadtteile Citycharakter aufgedrückt bekommen. Im Zentrum dieser Planung stehen die Aktivitäten im Bereich der Messe und auf dem ehemaligen CFK-Gelände (Gelände der ehemaligen, 1993 geschlossenen, Chemischen Fabrik Kalk) und anderen Industriebrachen (Z. B. Gelände der ehemaligen Akkumulatorenfabrik Hagen). Eine Beteiligung der in diesen Gebieten lebenden Menschen an den Planungen ist zwar formal vorgesehen, wird aber in der Praxis nicht angestrebt. Die Bedürfnisse der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten sind den Planern gleichgültig.

So entstehen Projekte, die für die Betreiber vielleicht profitabel sind, weil sie mit Steuergeldern finanziert und subventioniert wurden, die den Anwohnern aber nur Nachteile verschaffen. Als Beispiele kann man die Kölnarena, das RTZ (Rechtsrheinisches Technologiezentrum) oder den geplanten Wohn- und Geschäftspark auf dem ehemaligen CFK-Gelände nennen. Wenn Einrichtungen entstehen, die grundsätzlich wünschenswert sind, wie etwa ein Kino im rechtsrheinischen Köln, dann kommen sie nicht in bürgerfreundlicher Form, sondern als Konsumtempel. Ein Multiplexkino mit Eintrittspreisen von fast DM 20,- wie es auf dem CFK-Gelände vorgesehen ist, ist in einem Stadtteil mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und unterdurchschnittlicher Kaufkraft der Bewohner nicht gerade bürgerfreundlich.

Wir sind gegen die Verschwendung von kommunalen Geldern für Prestigeobjekte. Es sind versteckte Geschenke an Unternehmer, die mit Subventionen und öffentlichen Bauaufträgen hohe Gewinne einfahren können. Stattdessen sollte die Gewerbesteuer erhöht werden, um mit diesem Geld mehr Grünflächen in der Innenstadt und in den Wohngebieten zu finanzieren. Stadtentwicklungspolitik muß der Befriedigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Masse der Bevölkerung dienen und darf nicht behördliche Standortpolitik zugunsten von Unternehmern und Geschäftsleuten sein. Dazu ist eine Demokratisierung der Planungsverfahren erforderlich. Bürgerentscheide müssen an Stelle der Bürgeranhörung treten, die im Planungsprozess folgenlos bleibt und Bürgerbeteiligung nur vortäuschen soll.

Kultur und Medien

Kultur

Im Schlepptau der Freizeitindustrie beteiligen sich Land und Kommunen an dem Unfug, in Standort-Konkurrenz zueinander den Bau von Freizeitpalästen und Arenen zu fördern. So entstanden überall Musical-Hallen - in Köln das Gaudi-Zelt - und Arenen, die mittlerweile in oder vor jeder zweiten Großstadt stehen oder geplant sind.

Ungeachtet des Bedarfs wird drauflos gebaut in der Hoffnung auf ständig erweiterte Abzockmöglichkeiten des herangekarrten Publikums. Jeder Betreiber operiert rein betriebswirtschaftlich nur für sich und hofft, sich gegen die Konkurrenz behaupten zu können. Insgesamt werden damit natürlich Überkapazitäten aufgebaut. Gab es zum Beispiel im Jahr 1995 noch 14.000 Besucherplätze in Musicalhallen, so waren es 1998 schon 22.000. Daher sank die Auslastung und Musical-Konzerne wie Stella oder in Köln die Gaudhi-Betreiber mußten Spielstätten einstellen. Die Stadt Köln hing über Bürgschaften mit drin und dem Stella-Konzern warf allein das Land Nordrhein-Westfalen 32,4 Millionen DM an Subventionen hinterher.

Gleichzeitig wird der öffentliche Auftrag zur Versorgung mit Kultureinrichtungen zurückgefahren, indem die Haushaltsansätze für Kultur und Bildung, wie z.B. für Museen, Bibliotheken und VHS, gekürzt und Benutzergebühren bzw. Eintrittsgelder erhöht werden. Mit dem Argument, Arbeitsplätze durch Standortförderung zu schaffen, werden auf der anderen Seite Stellen im öffentlichen Kultursektor abgebaut. Dies ist eine Umverteilung von Steuergeldern zugunsten der Freizeitindustrie.

Ein erschwingliches kulturelles Angebot für ein breiteres Publikum, durch Förderung einer vielfältigen Theaterlandschaft, des Angebots von Bürger- und Jugendzentren oder der VHS, bleibt zunehmend auf der Strecke.

Die SAV tritt ein für:

- Kulturförderung in der Breite
- kostenfreier Eintritt und Nutzung von kulturellen Einrichtungen wie Museen, Stadtbüchereien, VHS; keine Eintrittsgelder oder Nutzungsgebühren in Bürgerzentren
- Keine Kürzungen bei Kultureinrichtungen und Bürgerzentren, sondern Aufstockung der Mittel

Medien

Die Pressefreiheit ist Freiheit einiger weniger Verleger, ihre Meinung zu veröffentlichen, meinte ein Publizist schon vor Jahrzehnten. In Köln hat der Verlag DuMont sogar eine Monopolstellung. Mit Kölner Stadtanzeiger, Expresß, Beteiligung an Radio Köln und der kürzlich einverleibten Kölnischen Rundschau kommen alle täglich erscheinenden Medien aus einem Haus. Kritische Berichterstattung über die städtischen Eliten, über außerparlamentarische Aktionen und Bewegungen, die Probleme und Sorgen breiter Schichten der Bevölkerung finden daher kaum Eingang in die zentralen Medien der Stadt, sondern haben nur ein kleines Forum in unabhängigen Publikationen, die

aber oft auch ökonomisch ums Überleben kämpfen.

Schon gar nicht soll die DuMont-Leserschaft etwas über Vorgänge und Maßregelungen im Hause des aus unerfindlichem Grunde als "liberal" geltenden Verlegers erfahren. Als er vor einigen Jahren einen Redakteur des Stadtanzeigers feuerte, weil dieser einen Artikel mit kritischen Bemerkungen zu den Geschäftsaktivitäten des DuMont-Verlags ins Blatt gebracht hatte, berichtete darüber nur die Kölner Stadtrevue, sowie nicht in Köln ansässige Zeitungen und die IG Medien.

Köln beherbergt nicht nur den Monopolisten DuMont, sondern auch größere Medienanstalten wie WDR und Deutsche Welle, sowie Privatsender wie RTL und VIVA. Doch Medienvielfalt heißt auch hier nicht Meinungsvielfalt.

Großverleger und Medienkonzerne sind selbst Teil der herrschenden Eliten. Über das Anzeigengeschäft sind sie zudem zudem eng mit der Wirtschaft verbunden und nehmen ihre besondere Aufgabe sehr ernst, herrschende Ideologien und Meinungen zu verbreiten. „Die herrschende Meinung ist immer die Meinung der Herrschenden.“, schrieb zu diesem Thema bereits Karl Marx. Das schließt gelegentliches Aufgreifen von einzelnen Mißständen nicht aus. Im Gegenteil: das ist ab und zu sogar nötig, um die politische Glaubwürdigkeit zu erhöhen und die ökonomisch notwendige Auflagenhöhe und Quote zu erhalten.

Sind die privaten Medien unter der Fuchtel der Medienkonzerne, so sind die öffentlich-rechtlichen zwar noch qualitativ besser, haben aber eine starke Tendenz, sich dem Niveau der Privatmedien anzupassen. Sie stehen unter dem Einfluß von verfilzter Bürokratie und Parteienproporz.

Die SAV tritt ein für

- Überführung der Privatmedien in öffentliches Eigentum
- demokratische Kontrolle der Medien
- Öffnung der Medien und Zugang für alle Bevölkerungsgruppen

Abonniert VORAN!

zehn Ausgaben zu 25 DM

zusätzlich __ Exemplare zum Weiterverkauf

Name, Adresse

Einsenden an Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln



**Voran ist die
Monatszei-
tung der SAV**

Jugend

Ausbildung

Daß die Auszubildenden von heute die qualifizierten Arbeitskräfte von morgen sind, ist offensichtlich noch nicht bis zu den Unternehmern durchgedrungen. Im Sommer 1999 fehlen in ganz Deutschland 100.000 Ausbildungsplätze. Die Ausbildungsquote, also der Anteil der ausbildenden Betriebe unter allen Betrieben, ist in den letzten 10 Jahren im Westen von 7% auf 3,5% gesunken, im Osten ist sie auf 6,1 % gesunken.

Das bedeutet, daß Unternehmen sich die Arbeit mit Auszubildenden sparen, später aber ihren Nutzen aus den qualifizierten Kräften ziehen wollen. Während immer weniger Großbetriebe ausbilden, steigt die Zahl der Kleinbetriebe. Dort ist die Qualität der Ausbildung jedoch meistens miserabel. Azubis werden als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Inzwischen muß der Staat mit außerbetrieblichen Lehrstellen massiv eingreifen, um den Arbeitgebern die ausgebildeten Kräfte zu liefern. Diese sind aber oft schlecht ausgestattet und haben einen schlechten Ruf.

Wir fordern, daß der Staat für die Bereitstellung vernünftiger Ausbildungsplätze in die Pflicht genommen wird. Zahlen sollen die Unternehmer. Sie sind es immerhin, die von qualifizierten Fachkräften profitieren. Die Stadt Köln könnte mit gutem Vorbild vorangehen und statt Ausbildungsplätze abzubauen, neue Stellen mit garantierter Übernahme einrichten.

Die SAV tritt ein für:

- Einen garantierten Ausbildungsplatz für jede und jeden
- Einrichtung von qualifizierten, überbetrieblichen Ausbildungszentren, finanziert durch eine Ausbildungsumlage aller Unternehmen
- Ausbildung unter demokratischer Kontrolle der Azubis, Gewerkschaft und Staat

Als ersten Schritt in Köln:

- 400 zusätzliche Ausbildungsplätze jährlich bei der Stadt Köln mit unbefristeter Übernahme
- Ausbildung raus aus Unternehmerhand

Schule

Bildung ist ein Recht, kein Privileg, heißt es. Allerdings werden die Umstände, unter denen gelehrt und gelernt werden muß, immer schlechter. Lehrer, die pensioniert werden, werden heute in den seltensten Fällen ersetzt. Den Übriggebliebenen bleiben mehr Arbeit und größere Klassen. In den Unter- und Mittelstufe sind Klassengrößen zwischen 30 und 35 Schülern inzwischen die Regel. Selbst in der Oberstufe tummeln sich bis zu 26 SchülerInnen in einer Klasse. Auf unterschiedliche Vorraussetzungen oder spezielle Probleme der Schüler kann da kein Lehrer mehr eingehen. In Köln sind jetzt Grundschulklassen mit 30 I-Dötzchen die Regel. Außerdem gibt es massiven Unterrichtsausfall und katastrophale bauliche Zustände. Die Toiletten auf vielen Schulen sind unbenutzbar und lassen unversorgte Bahnhofsklos gut aussehen. Die CDU in

Köln fordert zur Lösung dieser Mißstände unter anderem die Privatisierung von Schulen!

In den USA kann man die Konsequenzen solchen Denkens bereits erleben. Schüler müssen sich in den Pausen mit Pepsi-Werbung berieseln lassen. Privatisierung von Schulen würde bedeuten, daß der Bildungsstand des Jugendlichen wieder vom Portemonnaie der Eltern abhängt. Dies wollen wir verhindern

Deshalb fordern wir:

- Sofortiger Stop aller Kürzungen.
- Keine Privatisierung und kein Sponsoring von Bildung
- Uneingeschränkte Lehrmittelfreiheit
- Senkung der Klassenstärke auf 15 SchülerInnen
- Schluß mit der Hetze gegen LehrerInnen stattdessen Einstellung von 500 neuen, festen LehrerInnen jährlich, bis der Notstand behoben ist.
- Demokratisierung von Schulen: Lehrpläne unter die Kontrolle von Gewerkschaften, SchülerInnen, Eltern und Staat

Universitäten und Fachhochschulen

Nach den Spar- und Kürzungsorgien der Kohl-Ära herrscht an den Unis Notstand auf allen Ebenen. Studierende und Lehrpersonal haben unter überfüllten Hörsälen zu leiden. Studierende müssen teilweise mehrere Nebenjobs annehmen, um ihr Studium finanzieren zu können. Lehrmittel müssen in wachsendem Maße von den Studierenden selbst bezahlt werden. Mit den Anforderungen der Industrie an Hochschulabsolventen werden die Studierenden unter hohem Leistungsdruck gesetzt, dem sie unter immer schlechteren Bedingungen gerecht werden sollen. Ziel dieser Politik ist es, nur die Ehrgeizigsten einen Abschluß machen zu lassen, die später im Berufsleben ebenso hart weiterarbeiten, wie schon während der Ausbildung. Wer sich neben dem Studium noch in anderen Bereichen engagieren will, verschlechtert seine Chancen auf einen schnellen Abschluß des Studiums und verschafft sich einen Nachteil bei einem der wichtigsten Kriterien für als ein erfolgreich angesehenes Studium, nämlich der Studiendauer.

Die SAV tritt ein für:

- ± Rücknahme der HRG-Novelle, keine weiteren Verschlechterungen
- Verbot von Studiengebühren
- Keine Privatisierung von Hochschulen: Nein zu Sponsoring
- Verdopplung des Bildungsetats
- Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien Bafögs von 1500 DM monatlich
- Festschreibung des allgemeopolitischen Mandats für Studierendenvertretungen und demokratisch gewählte Hochschulleitungen durch Studierende und Personal

Freizeit

In einer Umfrage die, die SAV an einer Gesamtschule in Höhenberg durchführte wurde deutlich, daß neben Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, der Freizeitbereich ein

großes Problem für viele Jugendliche darstellt. Es gibt wenige Plätze, wo Jugendliche sich aufhalten können, ohne Geld berappen zu müssen. Wenn Jugendliche auf der Straße zusammenstehen, werden sie sogar von der Polizei vertrieben, Kneipen und andere Lokalitäten kosten Geld. Kino, Schwimmbäder und Sportveranstaltungen kosten auch Geld. Wir fordern die Errichtung eines selbstverwalteten Jugendcafés mit non-profit Preisen in jedem Stadtteil, sowie eines kommunalen Kinos, wo gute Filme zum Nulltarif angeboten werden können, Wir fordern die Errichtung von mehr Basketball-, Skate- und Fußballplätzen, sowie die Senkung der Schwimmbadpreise. Für den aktuellen Umgang mit Jugendlichen ist eine neue Initiative symptomatisch: Anfang des Jahres wurde die Kölner-Anti-Spray-Aktion (KASA) ins Leben gerufen. An ihr beteiligen sich Einzelhandelsverbände, die KVB und einige andere Institutionen, für die Beton erst dann richtig schön ist, wenn er grau und unverfälscht zu Tage treten kann. Selbstverständlich ist nicht alles schön, was Sprayer meist illegal zustande bringen. Aber Graffiti's sind ein Stück Jugendkultur. Anstatt die Sprayer zu kriminalisieren, sollten mehr legale Flächen zur Verfügung gestellt werden, auf denen die jungen Künstler ihre Werke auch ungestört zu Ende gestalten könnten. Wir sind gegen Kürzungen im Bereich von Sporteinrichtungen und fordern eine Aufstockung der Gelder für den Breitensport

Gleiche Rechte/Gleichstellung

Gleiche Rechte für Frauen

§218, Massenarbeitslosigkeit von Frauen, Kindergartennotstand, Sozialhilfekürzungen, Gewalt gegen Frauen, Zukunftsangst - das ist Frauenalltag. Es ist Zeit, sich zu wehren!

Frauen sind im drittreichsten Land der Welt weit davon entfernt, den Männern gleichgestellt zu sein. Sie verdienen durchschnittlich 30 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. 48 Prozent der Frauen, die 40 Stunden oder mehr pro Woche arbeiten, verdienen weniger als 1800 DM monatlich. Ein Drittel der Frauen arbeitet Teilzeit, 90 Prozent der Teilzeitarbeit wird von Frauen verrichtet. Viele arbeiten als geringfügig Beschäftigte in ungeschützten Arbeitsverhältnissen ohne soziale Absicherung. Die erkämpften Fortschritte in Richtung Gleichberechtigung sind gefährdet. Allein die beharrliche Weigerung, eine flächendeckende Versorgung mit Kindergartenplätzen zu erreichen, zwingt uns Frauen, zuhause zu bleiben und schließt uns vom gesellschaftlichen Leben aus. Alleinerziehende werden von Sozialhilfe abhängig gemacht und konsequent an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Ab 1996 wollte die Bundesregierung den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für 3-6jährige einführen. Die dafür notwendigen Mittel wurden allerdings nicht von der Bundesregierung bereitgestellt. Sie hat die Verantwortung auf die Kommunen und Länder abgeschoben. Deshalb sieht die Umsetzung dieses „Rechtsanspruches“ folgendermaßen aus:

- Um Personalkosten zu sparen, werden keine neuen Erzieherinnen eingestellt
- Immer mehr Kinder werden in schon überfüllte Gruppen gesteckt

- Gruppenzeiten werden verkürzt, um eine weitere Gruppe am Nachmittag anbieten zu können
- die Hortplätze werden zusammengestrichen, um die Erzieherinnen im Kindergartenbereich einsetzen zu können

Wehren wir uns gegen diesen schlechten Witz!

Die SAV tritt ein für:

- Einen vollwertigen Kindergarten-Platz für jedes Kind
- Zwei Erzieherinnen pro Gruppe mit 15 Kindern
- Ausbau von Hort- und Krippenplätzen
- Für den Erhalt der Ladenschlußzeiten: Keine Flexibilisierung auf dem Rücken arbeitender Frauen
- Beseitigung der unteren Lohngruppen im öffentlichen Dienst
- Nacht-Taxis zum Nulltarif
- Abschaffung des §218

Schwule und Lesben

Schluß mit der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen
 Obwohl nach dem Gesetz niemand benachteiligt werden darf, erhalten bloß drei von fünf sich zu ihrer sexuellen Orientierung Bekennenden einen ihrer Qualifizierung entsprechenden Arbeitsplatz. Eheschließungen und Adaptionen sind nach wie vor ausschließlich heterosexuellen Paaren möglich. Bei Todesfällen wird das Wohnrecht trotz weiterlaufendem Mietvertrag dem Partner nicht automatisch übertragen. Besuche im Krankenhaus bei Erkrankung eines Partners werden erschwert.

Die SAV tritt ein für:

Keine Diskriminierung aufgrund der Lebensweisen bei Einstellungen, Beförderungen und im Berufsalltag. öffentliche Aufklärungskampagnen gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen.

Keine Benachteiligung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und -formen gegenüber der Ehe. Recht auf Ehe für alle, die das wünschen, auch für homosexuelle Paare.
 Besuchs- und Benachrichtigungsrecht für alle, die die Betroffenen benennen.

Es müssen ausreichend Gelder für kostenlose Einrichtungen und Selbsthilfegruppen für alle Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen zur Verfügung gestellt werden.

Gegen Nazis und Rassismus

Nach Jahren der Reorganisation zwischen 1994 und 1996 hat sich die Nazi-Szene stabilisiert und steigert ihren Aktivitätsgrad seit den vergangenen zwei Jahren. In Österreich, Frankreich, Belgien und Italien landen rechtsextreme Parteien wie die FPÖ, Le Pens Front Nationale oder der Vlaams Blok Wahlerfolge. In Köln sind im ersten Halbjahr 1999 mehrere Treffen von militanten Neonazis und von rechtsextremen Parteien bekanntgeworden und teilweise von der Polizei aufgelöst worden, teilweise

durch selbstorganisierten Widerstand von AntifaschistInnen. Höhepunkt der Naziaktivitäten war der Aufmarsch aus Anlaß der Ausstellung "Vernichtungskrieg-Verbrechen der Wehrmacht". Durch entschlossenenes Auftreten Kölner AntifaschistInnen konnte den Neonazis, die aus ganz Deutschland angereist waren, eine Niederlage zugefügt werden. Ihr Aufmarsch wurde blockiert und die Neonazis standen den ganzen Tag in einem Polizeikessel, um vor den wütenden AntifaschistInnen geschützt zu sein.

Im Ausland und in Deutschland verfolgen alle Faschisten die gleichen Ziele. Sie wollen das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Ethnien verhindern. Sie betreiben rassistische Hetze. Genährt wird diese primitive Hetze durch die Propaganda von Staat und etablierten Parteien. Ausländer werden als Menschen zweiter Klasse behandelt, denen man ganz selbstverständlich nicht die gleichen Rechte zugesteht wie Einheimischen. Flüchtlinge werden verantwortlich gemacht für Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und Sozialkürzungen. Damit sollen die wahren Ursachen für diese Phänomene, nämlich Mißwirtschaft und Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems verschleiert werden. Mit diesem Wahnsinn muß Schluß gemacht werden.

Die SAV fordert daher:

- Einführung eines uneingeschränkten Asylrechtes für alle Flüchtlinge
- Keine Abschiebungen, Auflösung der Abschiebeknäste, Bleiberecht für alle hier lebenden Menschen
- Bekämpfung der Fluchtursachen, statt Bekämpfung der Flüchtlinge
- Weg mit allen speziellen Ausländergesetzen
- Kostenlose Sprachkurse für Nichtdeutsche
- Keine Plattform für Faschisten in den Medien, keine Räume für deren Veranstaltungen

Die Reichen sollen zahlen!

Geld ist genug da - es ist nur in den falschen Händen

Viele werden jetzt denken: Die Forderungen sind gut und schön. Aber wer soll das bezahlen? Schließlich steckt Köln, wie eigentlich alle Kommunen - in der Dauerfinanzkrise.

Doch Finanzkrisen und hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte haben Ursachen:

- Die Arbeitslosigkeit, die die öffentlichen Kassen belastet durch Steuerausfälle und staatliche Hilfen für Arbeitslose
- Die Umverteilungspolitik von unten nach oben durch Steuergeschenke und Subventionen für Unternehmer und Reiche

Außerdem verdienen sich die Banken an der Staatsverschuldung dumm und dämlich. Jede vierte Mark, die wir an Steuern zahlen, geht in Form von Zinsen an die Banken. Auch die Kommunen liefern einen Teil ihrer Gelder an die Banken ab. Für Köln bedeutet das: ein Schuldenstand von 5,4 Milliarden DM zieht jedes Jahr dreistellige

Millionenbeträge an Zinszahlungen an die Banken nach sich; 1997 waren es 323 Millionen DM, das ist praktisch eine Million an jedem Tag!

Die Bundesregierung wälzt die Kosten ihrer Politik auf die Städte und Gemeinden ab. So bedeutete z.B. die Streichung der Vermögenssteuer für die Stadt Köln 1997 einen Verlust von 135,7 Millionen DM. Die Steuerschlupflöcher bei der Einkommenssteuer, besonders in den gehobenen Einkommensklassen, bedeutet für Köln, daß die Einnahmen daraus von 611 Millionen im Jahre 1993 auf 337 Millionen im Jahre 1997 halbiert wurden. Auch das Sparpaket des Finanzministeriums unter Eichel 1999 belastet die Kommunen erneut mit 3,5 Milliarden DM zusätzlich.

Die kommunalen Politiker stöhnen zwar, wehren sich aber nicht, sondern reichen die Lasten an die Bürgerinnen und Bürger weiter. Wir weigern uns, an dieser Art der Lastenverteilung teilzunehmen. Denn Geld ist genug da, nur in den falschen Händen:

85 Milliardäre besitzen 249 Milliarden DM. Steuern auf große Erbschaften und Vermögen sowie großen Immobilienbesitz sind entweder abgeschafft oder lächerlich niedrig. Kapitalflucht nach Luxemburg und Liechtenstein wird hingegenommen - nach Schätzungen sind dies rund 120 Milliarden DM jährlich.

Steuerprüfungen bei Großbetrieben sind so selten wie ein Lottogewinn, denn die Finanzämter sind in diesen Bereichen hoffnungslos unterbesetzt - und das als bewußte Politik, und nicht aus Geldknappheit, denn jeder Betriebsprüfer holt sein Einkommen zehnfach wieder rein. Nach Schätzung von Oberfinanzdirektionen entgehen dem Staat dadurch jährlich 170 Milliarden DM.

Ein kompliziertes Steuersystem sorgt dafür, daß die einen mit Tricks und Steuerberatern alle Lücken nutzen, während wir brav bleichen dürfen. Drei Viertel der gesamten Steuereinnahmen werden von der Masse der Bevölkerung in Form von Lohn- und Einkommenssteuer sowie Mehrwert- und Mineralölsteuer aufgebracht. Die Mehrwertsteuer zahlt der Sozialhilfeempfänger wie der Millionär, wenn er Brot kauft. .

Dagegen sinkt der Anteil der unternehmensbezogenen Steuern ständig. Alle Regierungen - auch die rotgrüne - überschlagen sich, den Unternehmern weitere Steuersenkungen in Aussicht zu stellen und durchzuziehen. Dabei zahlen viele Konzerne ohnehin kaum noch gewinnbezogene Steuern und haben sich längst vom Steuerzahlen in der Bundesrepublik verabschiedet

Umverteilt wird auch durch Subventionen an Unternehmen, Zubilligen von Standortvergünstigungen, sowie durch die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen. So hat z.B. die Telekom früher einen Überschuß von 4-6 Milliarden DM jährlich an den Bundeshaushalt abgeführt, die seit der Privatisierung als Gewinn in die Taschen der Telekommunikations-Konzerne und der Aktionäre fließen.

Durch die ganze Steuer- und Umverteilungspolitik werden die öffentlichen Kassen systematisch geplündert und ausgetrocknet. Die Reichen werden immer reicher und spekulieren an den internationalen Finanzmärkten, die sich immer mehr aufblähen.

Anschließend stellen sich die Politiker hin, lamentieren über die Verschuldung und legen einen Sparhaushalt nach dem anderen auf - zu Lasten der Masse, versteht sich.

Wir treten für ein grundlegend anderes Steuersystem ein: für ein einfaches System der direkten Besteuerung mit starker Progression, d.h. wer viel verdient, zahlt auch

einen höheren Anteil. Wir kämpfen für die Umverteilung der Gelder von oben nach unten, für eine ausreichende Finanzausstattung der Gemeinden durch Neuaufteilung des Steueraufkommens.

Gegenwehr muß in den Kommunen beginnen

Die grundlegende Sanierung der öffentlichen Finanzen kann nur auf Bundes- und Landesebene durchgesetzt werden. Die Kommunen sitzen hier am kürzeren Hebel. Aber sie sind auch nicht völlig hilflos und ohnmächtig, wie es die Kommunalpolitiker gern darstellen. Sie können es ablehnen, den sozialen Kahlschlag umzusetzen. Dazu brauchen die Stadtregierungen allerdings Mut und Kampfgeist. Es ist nicht damit getan, ab und zu zu meutern und den schwarzen Peter an Land und Bund weiterzuschieben. Die SAV beteiligt sich nicht an dieser Politik. Es muß darum gekämpft werden, die notwendigen Gelder bei Land und Bund locker zu machen. Diese können es sich sehr wohl von den Reichen wieder holen, wenn sie wollen.

Eine Voraussetzung für den Kampf um eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen ist aber, daß sie an einem Strang ziehen und aufhören, sich mit der sogenannten "Standortpolitik" gegenseitig in die Enge zu treiben. Dieses Spiel leert nur die öffentlichen Kassen und nutzt ausschließlich den Unternehmern, die erschlossene Grundstücke und sonstige Vergünstigungen von den Kommunen nachgeworfen bekommen.

Wir treten dafür ein, daß die Gewerkschaften und die ganze betroffene Bevölkerung die Initiative zum gemeinsamen Widerstand ergreift. Widerstand heißt nicht, einen Protestbrief nach Berlin zu schicken oder beim Kanzler vorstellig zu werden. Es heißt vor allem: **keinen Sparhaushalt mehr zu verabschieden**, sondern einen bedarfsgerechten Haushalt im Interesse der Bevölkerung, und die Deckung der Finanzlücke von Land und Bund zu verlangen.

Das wird nicht kampfflos gehen, aber für eine solche Politik kann die aktive Unterstützung der Bevölkerung gewonnen werden. Die Bevölkerung hat die Sparpolitik ebenso satt, wie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wenn eine ganze Stadt mobilisiert wird und auf den Hinterbeinen steht - zumal die viertgrößte Stadt der Bundesrepublik - fällt es schwer, sich darüber hinwegzusetzen. Und ein solches Beispiel kann dann auch für andere Kommunen Schule machen. Köln kann und sollte hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

Aber auch in Köln selbst lassen sich manche Mittel und Ausgaben freimachen:

Die Zinszahlungen an Banken müssen umgehend eingestellt werden, die Gewerbesteuer erhöht, die Ausverkaufs- und Subventionspolitik beendet und nicht zuletzt Gehälter von Spitzenbeamten und Aufsichtsräten sowie Repräsentations- und Reisekosten gekürzt werden.

Die SAV tritt ein für:

- Schluß mit Sparhaushalten, sondern Aufstellung des Haushalts nach Bedarf
- Erhöhung der Gewerbesteuer

- Zinsmoratorium: Einstellung der Zinszahlung an die Banken
- Deckung von Finanzlücken durch Kampf um Zuwendungen von Land und Bund sowie Kampf um eine grundsätzlich bessere Finanzausstattung der Kommunen
- Informierung und Mobilisierung der Bevölkerung für diese Ziele
- Protest- und Streiktag aller Gewerkschaften und öffentlichen Einrichtungen

Die SAV tritt für den gläserenen Angeordneten ein:

- Offenlegung aller Politiker-Einkünfte
- Abführung aller Einnahmen aus Ratstätigkeit sowie aller Nebeneinkünfte außer DM 400,- Aufwandsentschädigung
- Abschaffung von Privilegien
- Öffentlichkeit aller Ausschußsitzungen
- Beteiligung der Bürger an der Aufstellung des Haushalts, z.B. eine kommunale Konferenz aller Träger sozialer Einrichtungen

Für uns selbst und SAV-Kandidaten haben wir dies verbindlich in Programm und Statut festgeschrieben. Außerdem verpflichten sich unsere Kandidaten, sich jederzeit von ihrer Basis abwählen zu lassen, so daß eine Kontrolle und Rechenschaftspflicht erleichtert wird.

Diese Maßnahmen sind ein wirksamer Riegel, um soziales Abheben und Entschweben in die "höhere Politik" zu verhindern. Nur wer so lebt wie wir, kann auch unsere Interessen vertreten.

Was wir unter Sozialismus verstehen

Der Widerstand gegen die Sozialkürzungen ist nur der erste Schritt. Das ganze System muß verändert werden.

Wenn die Unternehmer sagen, der Konkurrenzkampf zwingt sie zum Abbau von Arbeitsplätzen, dann spricht das nicht für Arbeitsplatzvernichtung, sondern gegen das Konkurrenzsystem. Wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln den Menschen zunehmend die Existenzgrundlage - Arbeit und gesunde Umwelt entzieht, dann muß das Privateigentum in Gemeineigentum überführt werden. Unser Ziel ist eine sozialistische Demokratie, in der die Betriebe in öffentliches Eigentum überführt sind und nicht das Profitstreben Einzelner entscheidet. In einer sozialistischen Gesellschaft bestimmen die arbeitenden Menschen, was und wie produziert wird. Die Wirtschaft wird demokratisch nach den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt geplant.

In der Geschichte hat es kein sozialistisches Land gegeben. Die SAV hat die stalinistisch-bürokratischen Diktaturen in der DDR, in der Sowjetunion und anderswo abgelehnt. Die Wirtschaft dort wurde von der privilegierten Bürokratie erstickt, die Staaten sind an ihren inneren Widersprüchen zusammengebrochen. Das Problem war aber nicht der Mangel an Kapitalismus, sondern der Mangel an Demokratie. Wir wollen weder die Diktatur des Marktes noch die einer elitären Bürokratie. Im Sozialismus entscheiden die Menschen selber und demokratisch ihre Angelegenheiten in der

Schule, im Betrieb, am Wohnort. Es wird nicht mehr gefragt „Was bringt Profit?“, sondern „Was brauchen wir?“, „Was ist sinnvoll?“. Wenn Wohnungen gebraucht werden, werden Wohnungen gebaut. Technischer Fortschritt wird nicht mehr dazu genutzt, die einen arbeitslos zu machen und die Arbeitshetze für die anderen zu erhöhen, sondern für Arbeitszeitverkürzung und Verbesserung des Lebensstandards.

Solche eine Gesellschaft kann nicht in einem einzelnen Land aufgebaut werden, der Sozialismus muß international erkämpft werden. Die SAV hat sich mit Sozialisten aus über 20 Ländern zum Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI) zusammengeschlossen. Banken und Konzerne organisieren sich international - Wir auch!

Ein sozialistischer Stadtrat könnte eintreten für:

- Überführung der Banken, Großkonzerne und Versicherungen in Gemeineigentum und demokratische Arbeiterkontrolle und -Verwaltung, durch gewählte Vertreter der Belegschaften, der Gewerkschaften und des Staates zu je einem Drittel in die Leitungsgremien
- Demokratische Wahl und jederzeitige Möglichkeit zur Abwahl der Leitungsgremien in Wirtschaft und Staat
- Kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn bekommen
- Demokratische Planung der Wirtschaft entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen

Helft mit, eine neue Arbeiterpartei aufzubauen, macht mit bei der SAV!

Werde Mitglied der SAV

- ich möchte weitere Informationen über die SAV.
- ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:

Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln

Infotelefon (02 21) 13 45 04

Fax (02 21) 13 72 80

e-mail: savbund@aol.com

SAV Sozialistische
Alternative

